

Knigge, Volkhard (Hg.): Kommunismusforschung und Erinnerungskulturen in Ostmittel- und Westeuropa.

Böhlau Verlag, Köln, Weimar, Wien 2013, 202 S., 28 Abb. (Europäische Diktaturen und ihre Überwindung, Schriften der Stiftung Ettersberg 19), ISBN 978-3-412-22168-3.

Der vorliegende Sammelband mit dem etwas irreführenden Titel „Kommunismusforschung und Erinnerungskulturen“ beschäftigt sich primär mit öffentlicher und politischer Kommunismusrezeption in Ostmittel- und Westeuropa sowie mit grundlegenden praktischen und methodischen Themen der Geschichtsdidaktik. Mit dieser inhaltlichen und geografischen Aufstellung reiht sich der Band gut in das Profil der bereits etablierten Reihe der Stiftung Ettersberg ein: Typischerweise werden in der Schriftenreihe innerhalb eines Sammelbandes fachhistorische Analysen über Erinnerungskulturen, NS-Aufarbeitung und den Umgang mit dem Kommunismus neben geschichtsdidaktische Texte gestellt, die sich ihrem Profil entsprechend mit Vermittlungsstrategien und auch normativ-politischen Zielsetzungen befassen. Die Zusammenführung beider Perspektiven ist durchaus bemerkenswert, da sie Seltenheitswert besitzt. Die unterschiedlichen Fachgemeinden – Historiker, Gedenkstättenmitarbeiter, Museologen, Pädagogen – diskutieren und publizieren meist in getrennten Foren und auch nicht selten aneinander vorbei.

Die Einbeziehung von Texten zu Ostmitteleuropa und westeuropäischen Ländern ist ebenfalls ein Signum der Reihe, das Aufmerksamkeit verdient. Denn eine Vielzahl von deutschen Publikationen über Erinnerungskultur und Geschichtsvermittlung schauen über den deutschen bzw. deutsch-deutschen Tellerrand nicht hinaus, wodurch der Tendenz Vorschub geleistet wird, die Besonderheiten des deutschen Umgangs mit Nationalsozialismus und Kommunismus zu universalisieren und als moralischen Standard zu setzen. Die Einbeziehung von Beispielen jenseits der deutschen Grenze ist in einer mitunter sehr moralisierenden und politisch aufgeladenen Debatte hilfreich, um die deutsch-deutsche Nabelschau zu kontextualisieren.

Die Beiträge zu Ostmitteleuropa und Frankreich richten sich dementsprechend nicht an Spezialisten, sondern stellen überblicksartige Einführungstexte für eine als unwissend vorausgesetzte, deutsche Leserschaft dar. Insofern wird der Frankreich-Experte in dem Beitrag von Gilbert Merlio zur politischen Bedeutung der Kommunistischen Partei Frankreichs (KPF) seit dem Zweiten Weltkrieg und ihrem Bild in der französischen Öffentlichkeit nichts Überraschendes oder Neuartiges erfahren. Für einen uninformierten Leser mag jedoch die Tatsache, dass die KPF auch heute „nicht als ein extremistischer Außenseiter, sondern als ein ganz normaler Akteur der politischen Bühne bewertet“ wird (S. 100), sowie die Erläuterungen zur Genese dieser Einstellung dennoch dazu beitragen, die (west-)deutsche Kommunismusrezeption als eine spezifische Ausprägung zu lesen, die nicht ohne Weiteres auf Westeuropa verallgemeinert werden kann. Auch die verbreitete Skepsis bzw. Ablehnung von Totalitarismustheorien in Frankreich wird durch den Beitrag verständlich.

Einen guten Einstieg in die Debatten in Ostmitteleuropa bietet der Beitrag von Michal Kopeček, der am Anfang des Bandes platziert ist. Zum einen präsentiert er eine Analyse der Genese der heutigen Kommunismusdebatten in Ostmitteleuropa (Polen, Tschechien, Slowakei, Ungarn) während der Zeit des Sozialismus, zum anderen legt er die heutigen Ausprägungen dar. Unterschiedliche Positionen innerhalb der Opposition, die bereits während des Sozialismus bestimmte Sichtweisen auf das politische Regime präsentiert haben, perpetuierten sich bis in die Gegenwart und hätten bis heute Auswirkungen auf die bearbeiteten historischen Themen, Methoden und geschichtspolitischen Debatten (S. 27-29). In allen untersuchten Ländern lasse sich eine Spaltung der Öffentlichkeit sowie der Wissenschaft in ein „liberales“ und ein „konservatives“ Lager feststellen. Charakteristisch sei für das erste ein positiver Bezug zur Opposition und zum Runden Tisch als Voraussetzung des Regimeumbruchs, das Praktizieren demokratischer Verhaltensweisen als Garant eines friedlichen Übergangs (S. 25). Die „konservative“ Seite setze den Runden Tisch jedoch mit „Verrat“ gleich, da jegliche Zusammenarbeit mit den als fremdnational externalisierten Kommunisten moralisch verwerflich und eine schmutzige Angelegenheit unter den herrschenden Eliten gewesen sei (S. 26).

Diese Einführung und Strukturierung des geschichtspolitischen Feldes in Ostmitteleuropa ist insofern sehr hilfreich, als die folgenden Beiträge damit mühelos jeweils einem der beiden präsentierten „Lager“ zugeordnet werden können: Mit seinem Beitrag zu Litauen bietet Antanas Gailius weniger einen historischen Überblick über den Umgang mit dem Kommunismus in Litauen als vielmehr ein politisches Plädoyer für die normative Verdammung desselben. Seine Kritik richtet sich im Wesentlichen gegen den „liberalen Westen“, der den verbrecherischen Charakter des Kommunismus nicht eindeutig genug verurteile und bekämpfe (S. 43). Dass dieser verbrecherische Charakter als jenem des Nationalsozialismus in nichts nachstehend bewertet werden müsste, sei nicht nur selbstverständlich, sondern ein moralisches Gebot. Zudem beklagt er die Tatsache, dass Litauen zu viel vom westlichen Liberalismus gelernt habe und es daher nicht möglich sei, „über die Wahrheit zu reden in einer Gesellschaft, die bereit ist, mehrere Wahrheiten zu akzeptieren“ (S. 46). Mit Hilfe des einleitenden Aufsatzes von Kopeček kann der möglicherweise etwas ver-

dutzte Leser diese Ausführungen jedoch in das „konservativ-nationale“ Lager und dessen „antiliberalen“ Haltung einsortieren.

Der folgende Beitrag von Marek Zybura über Polen stellt wiederum ein Beispiel für das „liberale Lager“ dar: Zybura beginnt seine Beschreibung der polnischen Auseinandersetzung mit dem Kommunismus mit einer sehr ausführlichen Schilderung der Diskussion um den Literaturnobelpreisträger Czesław Miłosz, der Zybura zufolge diese Debatte eingeläutet habe. Die Ausführungen zu Miłosz und dessen Thesen (S. 49-53) mögen den Polen-Laien zwar überfordern, jedoch liefert die anschließende Zusammenschau der Entwicklung nach 1989 einen guten Einstieg in die politische Landschaft Polens, die auch Zybura als in ein „(national)konservatives“ und ein „liberales“ Lager gespalten sieht: Während die konservative Seite die Liberalen als „das schlechthin Böse“ und „nominelle Polen“ bezeichnen, die „heimat- und wurzellose Gesellen ohne Eigenschaften“ seien und „moralischen Relativismus“ predigten, würden die „Antikommunisten“ als „nationale Bolschewiki“ auftreten. In welchem Lager Zybura sich verortet, wird überdeutlich, wenn er die Vorgehensweise letzterer als „abstoßend“ und „kontraproduktiv“ bezeichnet (S. 59).

Der Aufsatz von Joachim von Puttkamer zu Ungarn hebt sich von den vorherigen insofern ab, als hier deutlich mehr Vorkenntnisse beim Leser vorausgesetzt werden und er sich daher weniger als Einführungstext eignet. Der Beitrag behandelt eine von der Regierung in Auftrag gegebene Ausstellung (2012), die die neue ungarische Verfassung und das darin enthaltene positivistisch-nostalgische Geschichtsverständnis in Bildern darstellen sollte. Da der Bildzyklus wie auch die Verfassung eine Gesamtschau der neueren und neuesten ungarischen Geschichte bietet, steht der Umgang mit dem Kommunismus nicht im Zentrum der Ausführungen, sondern bietet vor allem ein Beispiel staatlich forcierter Geschichtspolitik, die jedoch durch die Kunst unterminiert wird. Die Gemälde zeigten „vor allem eine gleichermaßen naive wie zynische Sehnsucht nach dem 19. Jahrhundert“ und setzten „sich bewusst in Gegensatz zu einer liberalen, europäischen Moderne und ihrer vermeintlich post-modernen Beliebigkeit“ (S. 72). Offen bleibt jedoch, ob bzw. in welchem Maße diese Geschichtsdeutung von einer breiten Öffentlichkeit akzeptiert wird, mithin wie repräsentativ die Ausführungen für den allgemeinen ungarischen Umgang mit der kommunistischen Vergangenheit sind.

Der Beitrag von Torsten Oppelland zum Kommunismus in der deutschen Geschichtskultur umreißt aktuelle Tendenzen, wonach im „bundesdeutschen Mainstream“ ein Fokus auf „Überwachung, Unterdrückung, Menschenrechtsverletzungen und Verbrechen dominiert“ (S. 103). Im Unterschied zu den Vorgängerbeiträgen hat Oppellands Beitrag jedoch eine eindeutig geschichtsdidaktische Ausrichtung. Dementsprechend stellt dieser nicht nur die Ziele der bundesdeutschen „Erinnerungsarbeit“ dar, die im Unterschied zu den nationalintegrativen Zielen der ost-mitteleuropäischen Staaten als „Demokratieaffirmation im liberaldemokratischen Sinne“ (S. 104) zusammengefasst werden könnten. Er fordert auch klar andere pädagogische Methoden und Inhalte insbesondere der medialen und öffentlichen Geschichtsvermittlung: Ein ausschließlich opfer- und verbrechenzentriertes Gedenken könne diese eben beschriebenen Ziele allein nicht hervorbringen, sondern müsse ergänzt werden durch die ernsthafte Auseinandersetzung mit den „demokratisch-

sozialistischen Ursprüngen der kommunistischen Utopie“, die „nicht von vornherein unbillig waren bzw. sind“ (S. 113). Eine Perspektive, der sich mit Sicherheit nur wenige der Autoren anschließen würden.

Mit diesem Beitrag läutet der Band die didaktische Sektion ein, in der moralische Setzungen der Kommunismus- und Totalitarismus-Deutung nicht nur dargestellt werden, sondern die auch genuine Beiträge zur Frage enthält, wie Geschichte „richtig“ widergegeben werden solle oder müsse. Insbesondere Harald Welzer und Volkhard Knigge formulieren in ihren Texten allgemeine Forderungen an die praktische Erinnerungsarbeit, die sich offenbar (wenn auch implizit) nicht auf den Umgang mit dem Kommunismus beschränkt. Welzer schreibt insbesondere gegen die „monothematische Konzentration auf das, was Menschen angetan wurde“, (S.163) an. Eine reflexive Erinnerungskultur, für die „Pathosformeln ebenso kontraproduktiv“ seien wie „Ansprüche auf transtemporale Gültigkeit der Inhalte“ (S. 174), bedürfe aus politischen und präventiven Gründen eines gründlichen Studiums der Täter. Diese klaren Forderungen an Geschichtskultur und Erinnerungsarbeit gipfeln in einer Liste von Inhalten, die gelehrt und gezeigt werden müssten (sic!) (S. 169). Auch Knigge hat ein eindeutig politisch-normatives Anliegen, wie bereits am Untertitel seines Beitrags deutlich wird: „Warum Erinnerung allein in eine Sackgasse für historisch-politische Bildung führen muss“. Erinnerung allein sei Knigge zufolge und entgegen der aktuellen Tendenzen in der bundesdeutschen Geschichtsvermittlung kein „Königsweg der Demokratie und Menschenrechtserziehung“ (S. 178), da jede „noch so gut gemeinte Identifikation mit der Erinnerung von Anderen, [...] die identifizierende Übernahme und Weitergabe von Erinnerungen geradezu auf das Gegenteil von reflexivem Geschichtsbewusstsein hinauslaufen muss“ (S. 183). Letzteres würde sich im Unterschied zum „staatlich abgestützten Erinnerungswesen“ (S. 191) „strukturell gegen Teleologie und affirmative Geschichts- und Selbstgewissheit“ sperren (S. 190). Die Arbeitsgemeinschaft der KZ-Gedenkstätten in Landes- und Bundesträgerschaft, der Knigge selbst als Leiter der Gedenkstätte Buchenwald angehört, betreibe ihm zufolge keine Erinnerung, sondern fördere das von ihm geforderte reflexive Geschichtsbewusstsein. Inwieweit dieser so formulierte Selbstanspruch tatsächlich in die Praxis umgesetzt wird, scheint aus der Perspektive einer gelegentlichen Gedenkstättenbesucherin jedoch fraglich, auch angesichts der Tatsache, dass die KZ-Gedenkstätten Teil des „staatlich gestützten Erinnerungswesens“ sind.

Mit ganz konkreten Fragen der Geschichtsvermittlung in Gedenkstätten befasst sich Waltraud Schreiber, die als Involvierte in verschiedenen Gedenkstätten deutlich didaktische Zeichen setzt. Es geht ihr primär um die Frage, wie nachgeborenen Generationen die „Geschichte der NS- und kommunistisch/sozialistischen Diktaturen“ erzählt werden müsse, damit diese sie „zur eigenen Orientierung“ aufgreifen (S. 133). Dabei stellt sie klar heraus, dass die Aufgaben von Gedenkstätten – ihren Stiftungszwecken folgend – normative sind, die nach „expliziten Botschaften“ verlangten (S. 153) und dass „selbst das Informieren nie objektiv und wertfrei erfolgen“ könne (S. 136). Neben der Präsentation von konkreten didaktischen Konzepten für zwei Gedenkstätten nimmt die Rolle von Zeitzeugen in dem Beitrag eine zentrale Stellung ein: Würden diese in Gedenkstätten als primäre und privilegierte Besucher-

gruppe betrachtet, kämen sie vermehrt auch als Geschichtsvermittler zum Einsatz, was jedoch auch Probleme verursache. Denn die „Quelle Zeitzeuge muss, wie jede andere Quelle auch, kritisch geprüft und kontextualisiert werden“ (145). Diese Kontextualisierung der Zeitzeugen für die Besucher sei ebenfalls Aufgabe einer Gedenkstätte. Auch hier stellt sich die Frage, ob dieser Anspruch in der Praxis eingelöst wird oder werden kann bzw. inwieweit den Bedürfnissen und Erwartungen der Besucher hiermit überhaupt Rechnung getragen wird.

Dies wird im folgenden Beitrag von Martin Sabrow umso deutlicher, der sich ganz auf den „Zeitzeugen“ konzentriert und diese in der aktuellen Geschichts- bzw. Erinnerungskultur so dominante Figur analysiert und historisiert.¹ Den Zeitzeugen zeichne aus, dass er „eine bestimmte Sicht gleichsam von innen als mitlebender Träger von Erfahrung und nicht von außen als wahrnehmender Beobachter“ autorisiere (S. 118). Der Begriff sei Mitte der 1970er Jahre erstmals verwendet worden und die Zeitzeugen stellten anfangs noch ein Mittel dar, Gegenerzählungen zum Mainstream zu entwerfen. Im Laufe der Zeit aber sei die damalige Gegengeschichte „selbst zur *master narrative* unserer Zeit geworden“, wodurch der Zeitzeuge jedoch „seine ursprünglich kritische Funktion gegen eine affirmative Rolle eingetauscht“ habe (S. 124). Auch der Funktion bzw. den Bedingungen eines funktionalen Zeitzeugen, also eines Gesprächspartners, dessen Bericht über das Erlebte Akzeptanz findet, geht Sabrow nach: Der moderne Mythos der Authentizität (S. 126) sei die wirkende Kraft hinter der omnipräsenten Figur, die jedoch nur dann zur Geltung komme, wenn der Zeitzeuge eine „unschädlich gemachte Vergangenheit“ präsentiere. „Ein bekennder Nazi, ein eifernder Kommunist taugen nicht als Zeitzeuge“ (S. 127), weil Täter „die Vergangenheit nicht in ihrer Überwundenheit und Unwiederbringlichkeit beschwören, sondern im Gegenteil in ihrer Ungebrochenheit und Wiederholbarkeit“ (S. 128). Mit diesem analytischen Zugang hebt sich Sabrow deutlich von den didaktischen Beiträgen ab, da hier keine praktischen Forderungen an Erinnerungsarbeit gestellt werden.

Zusammenfassend stellt das vorliegende Buch ein typisches Beispiel von Stärken und Schwächen der meisten Sammelbände dar: Die Zusammenstellung von sehr diversen Zugängen auf ein Thema bietet die Chance, neue Perspektiven und Thesen zu den Debatten um Geschichtsdarstellung und den Umgang mit der Vergangenheit zu erfahren und über die jeweiligen geografischen oder disziplinären Bedingungen hinauszuschauen und diese zu relativieren: Letzteres jedoch unter der Voraussetzung, dass der gesamte Band gelesen wird. Denn diese Leistung obliegt allein dem Leser, da eine Einleitung fehlt, die die Beiträge übergreifend reflektieren und den Versuch unternehmen würde, allgemeine Schlüsse aus der präsentierten Zusammenschau als Denkanstöße oder Lesehilfen zu präsentieren.

Deutlich wird etwa – so man den gesamten Band liest –, dass fast allen Beiträgen explizit oder implizit eine totalitarismustheoretische Basis zugrunde liegt. Auch die didaktischen Beiträge scheinen von der Voraussetzung auszugehen, dass die Ge-

¹ Wie der Autor selbst anmerkt, basiert der Text auf den umfassenderen Ausführungen in: Sabrow, Martin: Der Zeitzeuge als Wanderer zwischen beiden Welten. In: *Ders./Frei, Norbert* (Hgg.): Die Geburt des Zeitzeugen nach 1945. Göttingen 2012, 13–32.

schichtsvermittlung von Kommunismus und Nationalsozialismus in gleicher Weise erfolgen könne oder auch müsse. Einzig der Beitrag von Oppelland stellt diese Annahme in Frage. Insofern bildet der Band selbst mit dieser inhaltlichen Grundannahme ein Beispiel für den bundesdeutschen antitotalitären Konsens sowie für die an der Faulenbachschen Formel ausgerichteten bundesdeutschen Praxis der Geschichtsvermittlung: Während die Gleichsetzung von Nationalsozialismus und Stalinismus als inakzeptabel gilt, werden gewisse Wesensähnlichkeiten beider Systeme hervorgehoben.